

DNA-Test bestätigt Tod des Abu Sayyaf Anführers Janjalani

Wie Ende Januar bestätigt wurde, ist Khadaffy Janjalani, der Kopf der Terroristengruppe Abu Sayyaf, bei einer kämpferischen Auseinandersetzung zwischen dem philippinischen Militär und den Abu Sayyaf vor fünf Monaten erschossen worden.

Dies belegt eine in den USA durch das FBI geführte DNA-Analyse von genetischem Material des Toten.

Der Armeechef des philippinischen Militärs Hermogenes Esperon Jr. sprach davon, dass mit dem Tod Janjalanis der »Schwerpunkt des Terrorismus in den Philippinen« erfolgreich neutralisiert worden sei.

Ein Ende der Kämpfe stehe bevor, so Esperon weiter. Die nun durch die ungeklärte Nachfolge geschwächte Abu Sayyaf müsse weiter militärisch unter Druck gesetzt werden.

Auch US-amerikanische Regierung zeigte sich erfreut über den Erfolg des Militärs.

Erstere hatten aufgrund einer Reihe von Entführungen amerikanischer Zivilisten, sowie aufgrund der 2002 auf Bali verübten Anschläge von indonesischen Terrorgruppen, mit welchen Abu Sayyaf in Verbindung gestanden haben soll, ein Kopfgeld in Höhe von fünf Millionen US-Dollar auf Janjalani ausgesetzt.

Tage zuvor war einer der möglichen Nachfolger Janjalani, Abu Solaiman ebenfalls von einer Militäreinheit erschossen worden.

Vgl. Inquirer 21.01. 22.01., Associated Press 20.01.

ASEAN-Konferenz in den Philippinen

VertreterInnen Süd-ostasiatischer Staaten kamen vom 12.- 15. Januar in Cebu, zusammen, um sich über die gemeinsamen Zukunft der Region auseinander zu setzen. Im Anschluss an die ASEAN-Konferenz der 10 Mitgliedsstaaten fand der zweite Ost-Asien Gipfel statt: ASEAN plus die Dialogpartner China, Japan, Südkorea, Indien, Australien und Neuseeland.

Auf dem diesjährigen ASEAN-Gipfel wurde ein erster Entwurf zu einer rechtlich-bindenden gemeinsamen Charter verabschiedet. Der ASEAN wird damit zu einer rechtlichen Einheit mit einem für alle verbindlichen Statut.

Des Weiteren wurde eine Erklärung über die Rechte von Arbeitsmigranten/innen abgegeben, sowie eine Anti-Terror-Konvention beschlossen. Aus ökonomischer Sicht sollen sowohl die Vertiefung der ASEAN Wirtschaftsgemeinschaft bis 2015 intensiviert, als auch den Auswirkungen der steigenden Ölpreise auf dem Energiemarkt und den damit verbundenen Herausforderungen für das Wirtschaftswachstum durch vertiefte Kooperation im Energiesek-

tor entgegengewirkt werden.

Burma wurde zudem »ermutigt« den Prozess der nationalen Versöhnung und die Freilassung politischer Häftlinge voranzubringen. An Nordkorea wurde appelliert, von weiteren Nuklearwaffentests abzusehen, das Atomwaffenprogramm einzustellen und sich der kritischen humanitären Situation seiner Bevölkerung verstärkt anzunehmen.

Die Mitgliedsstaaten des zweiten Ost-Asien-Gipfels verabschiedeten nach ASEAN ebenfalls eine Erklärung zur Gewährleistung der Energiesicherheit in der Region und richteten einen Appell an Nordkorea bezüglich seines Atomwaffenprogramms. Die Mitglieder begrüßten zudem die Leistungen und Erfolge der regionalen Integration und die Anstrengungen zur Überwindung regionaler Entwicklungsunterschiede. Im Zuge dessen sprachen sich die Partner für eine schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen der Doha-Runde zur Liberalisierung der Weltwirtschaft aus.

Vgl. Inquirer 16.01.

Neues Anti-Terrorismusgesetz

Am 19.1. hat der Senat ein neues Gesetz zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Nun muss Präsidentin Arroyo das Gesetz nur noch unterzeichnen, bevor es umgesetzt werden kann. Der Human Security Act of 2007 legt den Schwerpunkt nicht auf die Wurzeln sozio-ökonomischer Konflikte, sondern auf die Sicherheit des Staates vor Subversion militanter Gruppen. Das Gesetz ermöglicht weitreichende Maßnahmen: Des Terrorismus verdächtige Personen können umfassend beobachtet, abgehört und überwacht, ohne Haftbefehl und auf Grundlage anonymer Hinweise bis zu drei Tage lang verhaftet, auf ihre Bankguthaben und Vermögen kann zugegriffen,

beziehungsweise sie können beschlagnahmt werden. Personen, die fälschlicherweise verhaftet wurden, steht eine Entschädigung von 500.000 Pesos (etwa 8.000 Euro)

Das Gesetz weckt Erinnerungen an die Zeit des Kriegsrechts während der Marcos-Diktatur. Menschenrechtsorganisationen warnen vor weiteren Einschränkungen der Bürgerrechte angesichts grassierender Menschenrechtsverletzungen und politischer Morde in Folge der Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Regierung. Trotz ihrer Proteste steht das Gesetz nun vor der Umsetzung.

Vgl. jurist.law.pitt.edu 19.02., Inquirer 29.01.

Melo-Bericht und UN-Besuch

Der Bericht der zur Untersuchung der politischen Morde eingesetzten Melo-Commission wurde am 22. Januar an Präsidentin Arroyo weitergeleitet. Der Bericht hatte Aufsehen erregt, da darin der pensionierte General Palparan, sowie andere hohe Militärs für Morde, bei denen eine Beteiligung der unter ihrem Kommando stehenden Einheiten wahrscheinlich scheint, verantwortlich gemacht werden. Darüber hinaus wurde der Bericht von Arroyo lange unter Verschluss gehalten.

Im Februar besuchte der Sonderbeauftragte für außergerichtliche Hinrichtungen der Vereinten Nationen, Philip Alston, die Philippinen und sprach mit Menschenrechtsorganisationen, Regierungs-, Polizei- und Militärvertretern. In seinem vorläufigen Bericht weist Alston darauf hin, dass die Präsidentin zwar immer wieder die Ernsthaftigkeit des Problems deutlich gemacht hat, es jedoch unterschiedliche Signale, beziehungsweise Ablehnung und Verweigerung gegenüber dem Problem auf Verwaltungs- und Umsetzungsebene grassieren.

Alston warf Teilen der Sicherheitskräften vor, sich in einem Zu-

stand »völliger Verweigerung« des Problems zu befinden. Während die UN keine Sanktionen gegen das Land verhängen könne, so sei mit seiner Besuch ein Prozess innerhalb des UN-Mechanismus angestoßen worden.

Staatsminister Ermita sagte, es scheine, dass Alston eher Gegnern der Regierung zugehört habe und warf Alston vor, von der maoistisch-affilierten Menschenrechtsorganisation Karapatan »gehirngewaschen« zu sein. Er begrüßte jedoch die Angebote ausländischer Regierungen, bei Untersuchungen und Maßnahmen gegen die politischen Morde zu helfen.

Militärsprecher wiesen die Verantwortung für die Morde ab und verwiesen auf interne Säuberungsaktionen innerhalb der kommunistischen Partei. Der Chef der Sondereinheit der Polizei Task Force Usig, die von der Präsidentin zur Untersuchung der Morde eingesetzt wurde, sagte, dass nur vier der Morde mit dem Militär in Verbindung gebracht werden könnten. Menschenrechtsorganisationen haben bis zu 830 politischen Morden seit Anfang 2001 dokumentiert.

Vgl. Inquirer 21.02., Alston 21.02.

Neue Gefechte in Mindanao

Mehrere große Zusammenstöße zwischen Armeeeinheiten und Einheiten der Moro Islamic Liberation Front (MILF) bedrohen den bereits fragilen Friedensprozess in Mindanao. Bereits im Januar kam es zu Zusammenstößen in Midsayap/Zentralmindanao, in deren Folge mehrere Tausend Flüchtlinge aus den umliegenden Dörfern Zuflucht entlang der Hauptstraße zwischen Cotabato und Kidapawan suchen mussten.

Nachdem sich die Situation nach Einschreiten der Waffenstillstandsbeobachter des Coordina-

ting Committee for the Cessation of Hostilities (CCCH), dem International Monitoring Team (IMT), und Bantay Ceasefire beruhigt hatte, brachen Anfang März weitere Gefechte aus, die sich nach einem weiteren Einschreiten der Beobachtungsteams abermals beruhigten. Über 1000 vor allem muslimische Zivilisten waren bei Redaktionsschluss evakuiert und in den Gefechten kam 17 MILF Kämpfer und ein Armeesoldat ums Leben.

Vgl. MindaNews 06.03., GMAnews 06.03.

Präsidentin Arroyo auch vorübergehend Verteidigungsministerin

Nachdem Verteidigungsminister Avelino Cruz, sowie sieben seiner Mitarbeiter, Ende November freiwillig ihr Amt niedergelegt hatten, übernahm Präsidentin Arroyo bis Ende Januar die Führung des Ministeriums.

Cruz war bekannt für seine Reformpläne der philippinischen Streitkräfte, welche zu Querelen innerhalb des Kabinetts geführt hatten.

Ausschlaggebend für seinen Rücktritt waren jedoch die Auseinandersetzungen um eine Unterschriftenaktion zur Verfassungsänderung. Laut Cruz sei die Initiative von der Regierung Arroyo initiiert worden und entspräche somit nicht dem Volkswillen. Dabei kamen nach Angaben der Initiatoren etwa fünf Millionen Unterschriften zusammen. Die Richter des Obersten Gerichtshofes hatten den Vorgang mit acht zu sieben Stimmen als illegal bezeichnet und deklarierten die Aktion als »große Irreführung«. Federführend war hierbei der mit Cruz befreundete Oberste Richter Antonio Carpio.

Arroyo beteuerte ihr Bedauern über den Rücktritt des Ministers. Cruz sei ein zuverlässiger Vertrauter und Berater der Präsidentin gewesen und wird es auch weiterhin bleiben, so ein Regierungssprecher.

Lange Zeit wurde spekuliert, ob das Amt von einem zivilen Amtsträger oder jemandem aus dem Militär besetzt werden würde. Seit Februar steht fest, dass der neue Verteidigungsminister Hermogenes Ebdane sein wird, ehemaliger Minister für Bauwesen und Infrastruktur und nationaler Sicherheitsberater. Ihm wurde im Zusammenhang mit Wahlfälschungsvorwürfen gegen Arroyo während der Präsidentschaftswahlen 2004 Beteiligung vorgeworfen.

Vgl. Department of National Defense Website (Dez. 06), INQ7.net 28.11., Newsbreak Online 20.11., INQ7.net 11.07., INQ7.net 11.05.